

„Wir subventionieren etwas, das nichts wert ist“



Von **Verena Müller**

Redakteurin im Ressort Wissen

Veröffentlicht am 13.11.2025 | Lesedauer: 9 Minuten



Quelle: Getty Images/Peter Macdiarmid

Klimaschutz ist teuer, aber Subventionen werden oft nicht effizient eingesetzt. Wirtschaftsexperte Achim Wambach erklärt, wie gezieltere Förderungen der deutschen Wirtschaft neue Chancen eröffnen – und hat klare Forderungen an die Bundesregierung.

Im brasilianischen Belém trifft sich die internationale Staatengemeinschaft ab Montag zur 30. Weltklimakonferenz. Bis zum 21. November wollen Vertreter aus 200 Staaten, darunter Staats- und Regierungschefs, über Maßnahmen zum Klimaschutz beraten.

Insgesamt werden rund 50.000 Teilnehmer erwartet. Achim Wambach, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, sieht das Treffen unter keinem guten Vorzeichen.

WELT AM SONNTAG: Die USA sind Anfang des Jahres aus dem Pariser Klimaabkommen ausgetreten. In Deutschland will man mehr auf Erdgaskraftwerke setzen, Förderprogramme für Erneuerbare zurückfahren. Macht der Klimaschutz gerade eine große Rolle rückwärts?

Achim Wambach: Dass die USA aus dem Klimaabkommen ausgestiegen sind, ist ein Rückschritt, und auch, dass sie ihr Förderprogramm für die klimafreundliche Wirtschaft gestoppt haben. Die Effekte gehen über die USA hinaus. Andere Länder fragen sich jetzt, warum sie weitermachen sollen, wenn sich der zweitgrößte Verursacher von Treibhausgasen herauszieht.

WAMS: Wie sieht es in Deutschland und der EU aus?

Wambach: Wir haben weiterhin unsere Klimaziele, die auch nicht zur Disposition stehen. Die EU will ihren Klimaschutz aber jetzt so effizient wie möglich machen, also Klimaschutz mit Wettbewerbsfähigkeit verbinden. Ein Beispiel: Aktuell bauen wir die Erneuerbaren oft dort aus, wo der Strom nicht wegtransportiert werden kann. Wir subventionieren etwas, das nichts wert ist. Um Gaskraftwerke kommt man für die Energiesicherheit nicht herum, schon der ehemalige Wirtschaftsminister Robert Habeck wollte sie. Klimaschutz ist teuer, deswegen sollte er so effizient wie möglich sein.

WAMS: Was heißt das genau?

Wambach: Die Maßnahmen müssen bezahlbar bleiben, aber trotzdem die Ziele erreichen. Wenn sich zeigt, dass Klimaschutz günstig ist, wird das andere Länder eher dazu bewegen, sich anzuschließen. Europa allein rettet das Klima nicht. Am Ende müssen alle mitmachen, auch die Amerikaner. Ohne sie wird es nicht gehen.

WAMS: Welche Maßnahmen meinen Sie konkret?

Wambach: Wir müssen noch viel mehr auf Forschung und Entwicklung setzen. Bei den Solaranlagen etwa gab es unglaubliche technische Fortschritte, sie sind inzwischen wesentlich günstiger als noch vor zehn Jahren. So etwas braucht es auch in den anderen Bereichen. Zudem sollten Emissionen so effizient wie möglich eingespart werden. Das entscheidende Instrument dafür ist der Emissionshandel.

WAMS: Warum?

Wambach: Der Emissionshandel sorgt dafür, dass dort eingespart wird, wo es am günstigsten ist. Ein Unternehmen kann entscheiden, ob es billiger ist, seine Emissionen zu senken und dafür keine oder weniger Zertifikate kaufen zu müssen. Oder bei den Ausstößen zu bleiben und für die Zertifikate zu zahlen. Immer häufiger wird ersteres der Fall sein. Die Menge der Zertifikate wird bis 2050 immer weniger, sodass sich die europäischen Klimaziele erreichen lassen. Aufwendige Beschlüsse zum Kohleausstieg oder Verbrennerverbot sind dann nicht mehr notwendig, weil Kohle, Benzin und Diesel dann ohnehin nicht mehr attraktiv sind.



Achim Wambach ist Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

Quelle: Christoph Soeder/dpa/picture alliance

WAMS: Ab 2028 soll es in der EU den zweiten Emissionshandel geben. Wie soll der aussehen?

Wambach: Bislang gab es nur einen ersten Emissionshandel für CO₂-Ausstöße in der Industrie und Stromerzeugung. Jetzt wird es einen Zweiten für Heizen und Tanken geben. Zusätzlich dazu soll es für Industrie und Strom ab nächstem Jahr weniger kostenlose Zertifikate geben. Die hat die Schwerindustrie bislang bekommen, um Zeit zu haben, sich auf klimafreundlichere Technologien umzustellen.

WAMS: Das wird die Unternehmen noch stärker belasten. 2025 könnte in Deutschland das dritte Jahr in Folge sein, in dem die Wirtschaft schrumpft. Kann sich das Land das leisten?

Wambach: Das Land muss es sich leisten können.

WAMS: Wieso?

Wambach: Der Klimawandel ist da. Früher oder später werden wir die Umstellung ohnehin vollziehen. Der Ausbau der Erneuerbaren ist schon so weit gediehen, dass es kurzsichtig wäre, das Ganze jetzt zu stoppen und in zehn Jahren wieder von vorn anzufangen. Der Emissionshandel lässt sich außerdem mit wirtschaftlichem Wachstum vereinbaren.

WAMS: Wie soll das funktionieren?

Wambach: Unsere Studien und die anderer Institute haben berechnet, dass eine effiziente Klimapolitik bis 2030 rund zwei bis drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes kostet. Bis dahin ist aber auch die Wirtschaft um weitere fünf bis sechs Prozent gewachsen. Durch Innovationen ergeben sich zudem Marktchancen. Sie machen nicht nur Klimaschutz günstiger, sie bedeuten auch neue Patente und können Wohlstand generieren. Deutschland ist Spitzenklasse in Maschinenbau, Chemie, Materialforschung – alles Bereiche, die es für die Energiewende braucht. Damit all das gelingt, muss man sich aber auf das Wesentliche konzentrieren.

WAMS: Was ist dieses „Wesentliche“?

Wambach: Die Bundesregierung sollte auf grüne Innovation setzen statt auf grüne Produktion. Der Klima- und Transformationsfonds sollte also mehr Forschung und Entwicklung fördern, etwa bei neuen Techniken und Materialien für Batterien, Solarzellen, Wärmepumpen oder grünem Wasserstoff. Da gibt es zahlreiche Start-ups. Außerdem muss man die Stromnetze im Land ausbauen, um den günstigen Windstrom von Norden nach Süden zu transportieren. Aber auch die Netze zu den Nachbarn, um etwa aus Österreich den Strom aus Wasserkraft zu bekommen oder aus Frankreich den Nuklearstrom, wenn wir ihn brauchen.

WAMS: Stichwort Produktion. Wegen der höheren CO₂-Preise warnt der Chef des Chemiekonzerns Evonik davor, dass 200.000 Industrie-Arbeitsplätze verloren gehen könnten. Sind diese Ängste berechtigt?

Wambach: Ja. Wenn nur Europa Klima- und Umweltpolitik macht, werden unsere Unternehmen stärker belastet als ihre Wettbewerber aus anderen Ländern. Davor schützen soll der sogenannte Europäische CO₂-Grenzausgleichsmechanismus. Die Firmen, die nach Europa liefern und selbst keine Klimapolitik betreiben, werden ab 2026 an der Grenze einen Zoll zahlen. In der jetzigen Form ist dieser Mechanismus aber nicht ausreichend.

WAMS: Inwiefern?

Wambach: Er gilt zum einen nur für bestimmte rohe Produkte – Zement, Eisen, Stahl, Aluminium, Dünger, Wasserstoff und Strom – und nicht die verarbeiteten. Dann kann es attraktiver werden, das Auto im Ausland mit dem billigen Aluminium herzustellen und es anschließend zu importieren. Zum anderen sollten Unternehmen in der EU eigentlich die Ausgaben für Emissionszertifikate erstattet werden, wenn sie Produkte exportieren, um auch in Drittländern wettbewerbsfähig zu sein. Diese Erstattung ist aber nicht konform mit den Regeln der Welthandelsorganisation. Um Unternehmen dennoch dazu zu bringen, in Europa zu produzieren, erhalten sie bislang kostenlose Zertifikate, mit der Auflage, in Europa zu bleiben.

WAMS: Sie fordern, grüne Produktion weniger zu fördern. Wie soll das Land klimaneutral werden, wenn energieintensive Sparten wie Stahl und Zement nicht umgestellt werden?

Wambach: Eine Alternative zur Subvention von grüner Produktion sind grüne Leitmärkte. Etwa die Auflage, dass zehn Prozent des verbauten Zements grün sein muss. Hersteller von grünem Zement würden dann Geld damit verdienen, und der Markt sorgt dafür, dass nur die günstigsten Firmen diesen grünen Zement herstellen. Man sollte aber ohnehin nicht die Transformation aller besonders klimaschädlicher Unternehmen erwarten.

WAMS: Warum nicht?

Wambach: In Deutschland wird Energie nicht mehr richtig billig, selbst wenn die Erneuerbaren ausgebaut sind. Wir haben weniger Wind und weniger Sonne im Vergleich zu anderen und werden deshalb relativ teuer mit unserem Strom bleiben. Die gesamte Industrie auf „Teufel komm‘ raus“ durchzusubventionieren, halte ich für falsch.

WAMS: Was soll stattdessen aus diesen Branchen werden?

Wambach: Energieintensive Industrien mit geringer Wertschöpfung – also mit wenigen Patenten und Innovationen – werden wir verlieren, insbesondere beim herkömmlichen Stahl und der Chemie. Manches ist bereits gegangen. Etwa sieben bis acht Prozent der Industrie gehören zur Hochenergiebranche. Manche von ihnen verkaufen aber innovative Produkte. Diese Unternehmen, mit viel Wissen und Patenten, haben eine hohe Wertschöpfung und werden sich halten.

WAMS: Noch einmal: 80.000 Menschen arbeiten allein direkt beim Stahl, vier Millionen in davon anhängigen Branchen.

Wambach: Strukturwandel in der Größenordnung gab es schon immer, den müssen wir zulassen. Auch in den Braunkohleregionen führt der Strukturwandel zum Verlust von Arbeitsplätzen. Es braucht daher eine Strukturanpassungspolitik für die besonders betroffenen Regionen. Also etwa der Ausweis von günstigen Gewerbeflächen, um neue Wirtschaftszweige anzuziehen.

WAMS: Welche Wirtschaftszweige sollen das sein?

Wambach: Es gibt kein Patentrezept für die einzelnen Regionen. Das können Medizin- und Militärtechnik sein oder Fachhochschulen, Pflegeheime und Finanzdienstleistungen wie Banken oder Versicherungen. Natürlich wird es nicht einfach, aber die Politik muss die Voraussetzungen dafür schaffen etwa durch Infrastruktur und Bildung.

WAMS: Die ehemaligen Kohleregionen gehören noch immer zu den wirtschaftlich schwächsten in Deutschland, die Zustimmung zur AfD ist besonders hoch.

Wambach: Die Gründe für die Wahlerfolge der AfD sind vielfältig. Allerdings sollte man auch aus rein wirtschaftlichen Gründen darauf achten, dass der Strukturwandel nicht stecken bleibt. Bei der Steinkohle hat man den Fehler gemacht, mit Förderprogrammen so lange wie möglich die alten Strukturen erhalten zu wollen. Heute sollten die Gelder besser in den Wandel fließen.

WAMS: Durch den zweiten Emissionshandel wird auch das Heizen und Tanken teurer. Laut einer Analyse des Marktforschungsunternehmens NIQ sind schon aktuell nur noch 24 Prozent der Deutschen bereit, persönliche Opfer für den Klimaschutz zu bringen – zehn Prozent weniger als vor der Pandemie. Wie wollen Sie verhindern, dass die Ablehnung von Klimaschutz und Unzufriedenheit weiterwachsen?

Wambach: Es würde helfen, wenn die Regierung den Emissionshandel als effizientestes Instrument ernst nimmt und die Bevölkerung darauf vorbereitet. Im Gegenzug sollten andere Regularien gelockert werden, etwa die Solarpflicht beim Bauen. Und es bräuchte Unterstützung beim Übergang.

WAMS: Zum Beispiel?

Wambach: Durch Förderprogramme für den Umstieg auf Strom beim Heizen und Fahren und ein Klimageld für die besonders belasteten Haushalte. Die Einnahmen über den Emissionshandel könnte der Staat zum Teil wieder an die Haushalte zurückgeben, um etwa höhere Benzinpreise abzufedern und den Umstieg auf Wärmepumpen zu unterstützen.

WAMS: Ausbau der Stromnetze, Umbau ganzer Industrien und Regionen, CO₂-Zölle – das sind immense Anstrengungen. Lohnen die sich angesichts der lediglich sieben Prozent, die die EU an weltweiten Emissionen erzeugt? Die USA etwa sorgen für fast das Doppelte.

Wambach: Das Argument, dass wir klein sind, ist nicht besonders überzeugend. Bei fast 200 Staaten auf der Welt ist jeder im Schnitt nur für ein halbes Prozent verantwortlich. Auf die EU kommt aber eine besondere Rolle zu. Sie hat 20 Prozent der Wissenschaftler. Neue Technologien, die auch den anderen Ländern helfen, können hier entwickelt werden.

WAMS: Steckt dahinter auch eine Art Hybris, als Vorbild voranschreiten zu wollen?

Wambach: An manchen Stellen schon. Das Klima ist ein globales Gut – wenn der Einzelne voranschreitet, freut das den anderen, motiviert ihn aber nicht unbedingt, dem nachzufolgen. Schafft es Europa hingegen, die gesamte Transformation besonders günstig zu machen, ohne dass viele Arbeitsplätze und Industrien verloren gehen oder davon sogar zu profitieren durch Innovationen, können die anderen leichter folgen.



WAMS: Deutsche Meteorologen und Physiker warnen, dass sich die Erde stärker und schneller erhitzen könnte als bisher erwartet. Müsste sich das Land mehr auf Klimaanpassung konzentrieren?

Wambach: Ja. Die Anpassung wird bislang stiefmütterlich behandelt. Die Kommunen müssen sich mehr vorbereiten auf Hitze, Dürre und Überschwemmungen. Ihre Kernaufgabe ist es nicht, klimaneutral zu werden. Sie müssen keinen grünen Strom erzeugen, das macht der Strommarkt. Ihre Aufgabe ist es, den Menschen zu helfen, mit dem Klimawandel und dem Umstieg auf erneuerbare Energien besser umzugehen.

WAMS: Was erwarten Sie sich vom Klimagipfel in Belém?

Wambach: Die Konferenz steht unter keinem guten Zeichen. Die USA sind aus dem Pariser Abkommen ausgetreten, in vielen Ländern haben sich die Prioritäten verschoben. Aber diese Konferenz ist wichtig, damit Klimaschutz in den Ländern auf der Agenda bleibt. Große Impulse sind jedoch von diesem Weltklimagipfel nicht zu erwarten.